



Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

N<sup>o</sup> 205.

Mittwoch den 3. September

1845.

**Inland.**

Berlin, 1. Sept. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Schulzen Brunwald zu Kleefeld, Rentamts Mehlfack und dem Kaminfeger Johann Müller zu Neuenhausen, Kreis des Grevenbroich, das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Gefreiten Niedzielski vom 10. Infanterie-Regiment, und dem Maurergefellen Plebanowski zu Inowracław, die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen.

Angekommen: Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Graf von Ingenheim, von Perleberg. Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königl. großbritannischen Hofe, Dr. Bunsen, von Koblenz. Se. Excellenz der General der Infanterie und General-Adjutant Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, Fürst Wolkonski, von Leipzig.

Das 27. Stück der Gesetz-Sammlung enthält die Gemeinde-Ordnung für die Rhein-Provinz, vom 23. Juli 1845: Die Eingangsworte lauten: „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ic. ic. verordnen über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden in der Rhein-Provinz, mit Ausnahme der Stadt Weßlar, in welcher es bei der bereits erfolgten Verleihung der revidirten Städte-Ordnung verbleibt, und mit dem Vorbehalt, nach Befinden auch anderen auf dem Provinzial-Landtage im Stande der Städte vertretenen Gemeinden auf ihren Antrag die revidirte Städte-Ordnung vom 17. März 1831 zu verleihen und dabei diejenigen statutarischen Anordnungen zu bewilligen, welche nach den eigenthümlichen Verhältnissen der die Verleihung nachsuchenden Städte wünschenswerth erscheinen, nach Vernehmung Unserer getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt ic. — Der erste Titel handelt „von den Gemeinden und Bürgermeistereien überhaupt und der Grundlage ihrer Verfassung.“ Wir theilen daraus mit: § 1. Alle diejenigen Orte (Städte, Dörfer, Weiler, Bauerschaften, Honnschaften, Kirchspiele u. s. w.), welche für ihre Kommunal-Bedürfnisse gegenwärtig einen eigenen Haushalt haben, es sei auf den Grund eines besondern Etats oder einer Abtheilung des Bürgermeistereis-Etats, sollen fortan eine Gemeinde unter einem Gemeinde-Vorsteher bilden. — § 2. Orte, welche früherhin besondere Gemeinden bildeten, gegenwärtig aber mit anderen zu einem Haushalte verbunden sind, können als eigene Gemeinden wieder hergestellt werden, wenn sie noch erhebliche besondere Interessen haben und zwei Drittel der zur Ausübung des Gemeinde-Rechts befähigten Gemeinde-Glieder des Ortes in einer zu diesem Zweck unter dem Vorsitze des Bürgermeisters abzuhaltenden Gemeinde-Versammlung sich dafür erklären. — § 3. Zur Gemeinde gehören alle Einwohner des Gemeinde-Bezirks, und zu letzterem alle innerhalb dessen Grenzen gelegene Grundstücke. — § 7. Mehrere Gemeinden bilden einen Verwaltungs-Bezirk (Bürgermeisterei) unter einem Bürgermeister; die Bürgermeisterei kann auch aus einer Gemeinde bestehen, wenn diese von dem Umfange ist, um den Zwecken einer Bürgermeisterei für sich allein zu genügen. — § 8. Die Bürgermeisterei bildet zugleich in Ansehung solcher Angelegenheiten, welche für alle zu der Bürgermeisterei gehörige Gemeinden ein gemeinschaftliches Interesse haben, einen Kommunal-Verband mit den Rechten einer Gemeinde. Welche Angelegenheiten Gegenstand des Bürgermeisterei-Kommunal-Verbandes sein sollen, wird, soweit sie nicht durch gesetzliche Vorschrift besonders bestimmt sind, durch Beschluß der Bürgermeisterei-Versammlung unter Genehmigung der Regierung festgestellt. — Der zweite Titel handelt „von den Gemeinden“, und zwar der erste Abschnitt „von den Gemeindegliedern, deren Rechten und Pflichten.“ Hierüber sagen u. a.: § 12. Mitglieder der Gemein-

den sind: 1) sämmtliche selbstständige Einwohner derselben, 2) alle, welche mit einem Wohnhause in der Gemeinde angefaßen sind und 3) diejenigen, welche das Gemeinderecht besonders erlangt haben. Als mit einem Wohnhause angefaßen, wird derjenige angesehen, auf dessen Namen das Haus in der Grundsteuer-Mutterrolle eingetragen ist. — § 15. Die Mitglieder der Gemeinde nehmen an den gemeinsamen Rechten und Pflichten der Gemeinde Theil, unter folgenden näheren Bestimmungen: § 16. Die Theilnahme an den Wahlen und an den öffentlichen Geschäften der Gemeinde (das Gemeinderecht) steht nach näherer Vorschrift des zweiten Abschnitts nur 1) den Meistbeerbten (Meistbesteuerten) und 2) denjenigen zu, welchen dasselbe besonders verliehen worden ist. — Der zweite Abschnitt des zweiten Titels, welcher „von dem Gemeinderechte (Bürgerrechte und den Meistbeerbten)“ handelt, erscheint besonders wichtig. Wir theilen deshalb denselben vollständig mit: § 33. Zu den Meistbeerbten gehören: 1. in den auf dem Provinzial-Landtage im Stande der Städte vertretenen Gemeinden, und zwar 1) in den mahl- und schachtsteuerpflichtigen Gemeinden und in den mit denselben im Gemeinde-Verbande stehenden Klassensteuerpflichtigen Bezirken diejenigen Einwohner, welche aus ihrem Gewerbe, Vermögen oder aus anderen Quellen ein reines Einkommen beziehen, dessen geringster Betrag nicht unter 200 und nicht über 600 Rthl. festzusetzen ist; 2) in den Klassensteuerpflichtigen Gemeinden diejenigen Einwohner, welche a) entweder von ihrem im Gemeinde-Bezirk gelegenen Grundbesitzungen einen Haupt-Grundsteuer-Betrag entrichten, dessen geringster Satz nicht unter zwei und nicht über zehn Thaler festzusetzen ist; oder b) einen Klassensteuer-Betrag zahlen, dessen geringster Jahressatz gleichmäßig sowohl für den Einzelnen als für die Haushaltung nicht unter vier und nicht über zwölf Thaler zu bestimmen ist; II. in allen anderen Gemeinden diejenigen Gemeindeglieder, welche im Gemeinde-Bezirk mit einem Wohnhause angefaßen sind und von ihren daselbst gelegenen Grundbesitzungen einen Haupt-Grundsteuer-Betrag entrichten, dessen geringster Satz nicht unter zwei und nicht über fünf Thl. zu bestimmen ist. Für Gemeinden, deren Mitglieder in so überwiegender Zahl aus Pächtern ohne eigenen zum Meistbeerbten qualifizirenden Grundbesitz bestehen, daß hiernach eine angemessene Zahl von Meistbeerbten nicht vorhanden sein würde, soll ausnahmsweise neben der Grundsteuer auch die Klassensteuer nach Maßgabe der Bestimmung I. 2. zur Aufnahme unter die Meistbeerbten befähigen; die Entscheidung hierüber steht dem Ober-Präsidenten zu. Sollte in einzelnen Gemeinden auch hierdurch eine angemessene Zahl von Meistbeerbten nicht erlangt werden, so kann der Minister des Innern auf den Antrag des Ober-Präsidenten einen geringeren Haupt-Grundsteuer-Satz als zwei Thaler zur Befähigung zum Meistbeerbten festsetzen. Von dieser Befugniß soll jedoch nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn die Zahl der Meistbeerbten bei einem Haupt-Grundsteuer-Satz von zwei Thalern weniger als zwölf betragen würde. — § 34. Die Festsetzung des zur Eigenschaft eines Meistbeerbten erforderlichen Betrages der Grund- oder Klassen-Steuer und des Einkommens (§ 33) erfolgt durch den Ober-Präsidenten mit Rücksicht auf die Ortsverhältnisse nach Vernehmung des Gemeinderaths. Das Einkommen wird vom Gemeinderathe nach pflichtmäßigem Ermessen abgeschätzt, welchem zu dem Ende die Steuer-Rollen und sonstige Hülfsmittel mitgetheilt werden müssen. Gegen die Abschätzung, welche jedem Betheiligten bekannt zu machen ist, steht diesem sowohl die Führung des Nachweises eines höheren Einkommens vor dem Gemeinderathe, als auch der Rekurs an die Regierung zu. Bei der ersten Einrichtung erfolgt die Abschätzung durch die seitherigen Gemeindevetreter. — § 35. Das Gemeinderecht kann nur von den Meistbeerbten männlichen Geschlechts ausgeübt werden, welche das 24ste Le-

bensjahr zurück gelegt haben, preussische Unterthanen und unbescholten sind. (§§ 38 — 40). — Von mehreren Personen, welche im ungetheiltem Besitze eines zum Gemeinderechte befähigenden Grundstücks sich befinden, kann nur Einer das Gemeinderecht ausüben. Beim Mangel einer gültigen Einigung ist dazu zunächst der auf dem Grundstücke selbst wohnende Mitbesitzer berufen, hierauf der im Gemeinde-Bezirk wohnende und dann erst die übrigen; unter mehreren Gleichberechtigten entscheidet das höhere Alter, und bei gleichem Alter das Loos. — § 36. Alle übrige Gemeindeglieder, so wie die auswärtigen Grundbesitzer, welche im Gemeinde-Bezirk nicht mit einem Hause angefaßen sind (Forensen), nehmen an dem Gemeinderechte keinen Theil; dasselbe kann aber Letzteren, wenn sie die dazu nach § 35 erforderlichen persönlichen Eigenschaften besitzen, aus besonderem Vertrauen durch Beschluß des Gemeinderaths; verliehen werden. Das einem Forensen solcher Gestalt verliehene Gemeinderecht erlöscht durch Veräußerung von mehr als der Hälfte seines Grundbesitzes in dem Gemeinde-Bezirk. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes über die Rechte und Verpflichtungen der Meistbeerbten sind in allen Fällen auch auf diejenigen zu beziehen, welchen das Gemeinderecht besonders verliehen worden ist. — § 37. Das Gemeinderecht wird verloren, wenn ein Meistbeerbter die nach §§ 33, 34 festzusetzenden Steuerbeträge nicht mehr entrichtet, oder das bestimmte Einkommen nicht mehr bezieht. Entsteht die Verminderung der Grundsteuerquote unter den festgesetzten Betrag bloß dadurch, daß in Folge einer Vermehrung des Gesamt-Katastral-Ertrages der westlichen Provinzen der allgemeine Steuer-Prozentsatz sich ermäßigt, so verbleibt den seitherigen Meistbeerbten das Gemeinderecht. — § 38. Von dem Gemeinderechte sind diejenigen ausgeschlossen, welche zum Verluste der Ehrenrechte verurtheilt worden sind. — § 39. Das Gemeinderecht kann durch Beschluß des Gemeinderaths auch demjenigen entzogen werden, welcher 1) zu irgend einer Kriminalstrafe verurtheilt oder in irgend einer Kriminal-Untersuchung nur vorläufig freigesprochen worden ist, oder 2) sich durch seine Lebensweise oder durch einzelne Handlungen die öffentliche Verachtung zugezogen hat. Der Bürgermeister hat in diesen Fällen die zum Grunde liegenden Thatsachen zu untersuchen und festzustellen, den Angeschuldigten mit seiner Vertheidigung zu hören und die Verhandlungen dem Gemeinderathe zur Beschlußnahme vorzulegen, wobei er selbst den Vorsitz zu übernehmen hat. Dem Angeschuldigten steht gegen den Beschluß der Rekurs an die vorgesetzte Regierung zu. Soll das Verfahren gegen ein Mitglied des Gemeinderaths oder gegen einen Gemeinde-Beamten eingeleitet werden, so ist dazu die vorherige Genehmigung der Regierung erforderlich. — § 40. Das Gemeinderecht ruht, wenn der dazu Berechtigte in Kriminal-Untersuchung, in Konkurs oder, wo das rheinische Civil-Gesetzbuch gilt, in Zahlungs-Unfähigkeit verfällt, bis die Untersuchung aufgehoben oder die Rehabilitation ausgesprochen ist. — § 41. — In jeder Gemeinde hat der Vorsteher ein vollständiges Verzeichniß der zur Ausübung des Gemeinderichts befähigten Meistbeerbten (Gemeinderolle) zu führen. Wer einmal in diese Rolle aufgenommen ist, kann aus derselben ohne gesetzliche Gründe, welche ihm bekannt gemacht werden müssen, nicht weggelassen werden. — § 42. Der Verlust des Gemeinderichts hat den Verlust derjenigen Stellen zur Folge, zu deren Erlangung der Besitz desselben erforderlich ist. Im Falle des ruhenden Gemeinderichts ist nach Umständen von der Regierung über die Suspension zu verfügen. — § 43. Die vom Staate besoldeten Beamten, so wie die Beamten der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände und der im § 5 bezeichneten Standesherrn, so weit dieselben den Staats-Beamten gleich zu achten sind, die Geistlichen und Schullehrer bedürfen, wenn sie eine Stelle oder einen Auftrag von längerer Dauer bei der Gemein-

Verwaltung übernehmen sollen, dazu der Erlaubniß ihrer vorgesetzten Dienst-Behörde und der Regierung. Diese Erlaubniß kann auch, wenn sich aus der Verbindung beider Dienst-Verhältnisse für den Staatsdienst oder für die Gemeinde-Verwaltung in der Folge ein Nachtheil ergibt, von der Dienst-Behörde sowohl als von der Regierung zurückgenommen werden. — Der dritte Abschnitt des II. Tit. handelt „von der Vertretung der Gemeinden.“ Hier heißt es § 47. Die Zahl der zu wählenden Gemeinde-Verordneten wird wie folgt festgesetzt: in Gemeinden von weniger als 1000 Einwohner auf 6, von 1000 bis 3000 Einwohner auf 12, von 3001 bis 10,000 Einwohner auf 18, von 10001 bis 30,000 Einwohner auf 24, von mehr als 30,000 Einwohner auf 30. Eine Vermehrung oder Verminderung der Einwohnerzahl einer Gemeinde hat erst dann eine Veränderung in der Zahl der Gemeinde-Verordneten zur Folge, wenn aus anderen Gründen neue Wahlen vorzunehmen sind. — § 52. Wenigstens die Hälfte der Gemeinde-Verordneten muß aus Grundbesitzern bestehen, welches jedoch auf die Stellvertreter keine Anwendung findet. Wenn von den zu Gemeinde-Verordneten Gewählten weniger als die Hälfte Grundbesitzer sind, so treten diejenigen Unangehörigen, welche die wenigsten Stimmen gehabt haben, zurück und werden die ersten Stellvertreter, soweit dergleichen überhaupt zu wählen sind. Die Wahl muß alsdann zur Ergänzung der erforderlichen Anzahl von Grundbesitzern in denjenigen Wahlversammlungen, in welchen die Zurücktretenden gewählt waren, erneuert werden. Wo örtliche Verhältnisse es nothwendig machen, kann der Ober-Präsident von der Vorschrift, daß wenigstens die Hälfte der Gemeinde-Verordneten aus Grundbesitzern bestehen soll, eine Ausnahme gestatten. — Die folgenden Titel und Abschnitte übergehen wir. Sie handeln „von der Verwaltung der Gemeinden, von den Bürgermeistereien und der Ober-Aufsicht über die Gemeinde-Verwaltung.“

**Berlin, 31. August.** Mit großer Spannung sieht man hier der Erklärung entgegen, welche auch unser Magistrat, nach einem vor einigen Tagen gefaßten Beschlusse, in der Sache des Pietismus und Hengstenbergianismus ausgehen lassen wird. Diese Erklärung schließt sich keinem der bekannten Proteste an, sondern sie besteht in einer unmittelbaren Vorstellung des Magistrats an Sr. Maj. den König, welche demselben nach seiner Rückkehr, die noch am heutigen Tage hier erwartet wird, überreicht werden soll, und worin eine energische und freimüthige Darlegung gewisser religiöser Parteien und ihrer Beziehung zum preussischen Staatsleben gegeben wird. Diese Eingabe ist, wie wir hören, von dem städtischen Schulrath Schulz abgefaßt worden, welcher diese Angelegenheit vornehmlich angeregt und betrieben hat, und der hier auch zuerst der deutsch-katholischen Bewegung thätigen Vorschub leistete. Auch unser Oberbürgermeister, Hr. Krausnick, soll sich mit Bereitwilligkeit für diese Vorstellung entschieden haben, die von den Personen, welche sie gelesen, als ungemein kraftvoll und rüchhaltlos in Sprache und Ausdruck gerühmt wird. Dieser von einer Behörde ausgehende Schritt gegen die pietistischen Verwickelungen unsers Staatslebens ist als ein Ereigniß von der höchsten Wichtigkeit anzusehen, und wird in vieler Beziehung bedeutungsvolle Folgen haben. — Die bei der vorjährigen Jubelfeier der Universität Königsberg von dem Könige festgesetzten Amtstrachten für die Mitglieder der Universität sollen jetzt auch für die übrigen Landes-Universitäten eingeführt werden, und zwar zunächst für die Universität Berlin, da, wie es in einem unter dem 18. d. M. deshalb erlassenen Ministerial-Rescript heißt, „Se. Majestät hierbei zunächst Allerhöchsthre Aufmerksamkeit auf die hiesige Universität gerichtet, welche Allerhöchsthieselben, in Betreff ihrer Größe und Wichtigkeit, und da sie in der Hauptresidenz ihren Sitz hat, auch äußerlich bei allen feierlichen Gelegenheiten mit besonderer Würde vertreten sehen wollen. Ueber die auf der Berliner Universität anzunehmenden Amtstrachten ist nun mittels Allerhöchster Kabinetts-Ordre vom 23. v. M. Folgendes festgesetzt worden: „Der Rektor trägt einen langen goldgeflickten Mantel von purpurfarbenem Sammet über dem bisher üblichen Anzuge, jedoch ohne Degen, und ein rundes Barett von purpurfarbenem Sammet; die Dekane tragen über dem gewöhnlichen schwarzen Frack ein vorn offenes, weites und faltiges Oberkleid, den sogenannten Lutherock, von wollenem Stoff, in den Farben ihrer Fakultät, nämlich violett ins Schwarze spielend der Dekan der theologischen Fakultät, purpurn der der juristischen, scharlachroth der der medicinischen und dunkelblau (sog. Preussisch-Blau) der der philosophischen Fakultät; die Professoren der theologischen Fakultät tragen, wenn sie ordinirt sind, den Kalar und die sonstige Amtstracht der evangelischen Geistlichen; die nicht ordinirten, ordentlichen Professoren der theologischen Fakultät, sowie die ordentlichen Professoren der drei anderen Fakultäten, tragen über dem gewöhnlichen schwarzen Frack schwarze Lutherocke von wollenem Stoff, mit den Farben ihrer Fakultät in der Art geflickert, daß an beiden Seiten vorn, vom Kragen bis zu dem bis an die Knöchel zu reichenden Saum, sowie an den Aufschlägen und den Aermelöffnungen, die Farben zu sehen sind: die außerordentlichen Professoren

und Privatdocenten tragen über dem schwarzen Frack schwarze Lutherocke ohne die Fakultätsfarben; als Kopfbedeckung tragen sämtliche Docenten der Universität runde Barett in den Farben ihrer resp. Fakultäten; die Pedelle endlich tragen lange Röcke von rother Farbe und rothe Barett.“ Zur Anschaffung der Amtstrachten sind sämtliche ordentliche Professoren der Universität, nach ausdrücklicher Bestimmung der königlichen Ordre, verpflichtet, wogegen es den außerordentlichen Professoren und Privatdocenten freistehen soll, sich dieselben anzuschaffen oder im gewöhnlichen schwarzen Civilanzuge den akademischen Feierlichkeiten beizuwohnen. Die ordentlichen Professoren dürfen bei letzteren, sowie bei allen sonstigen feierlichen Gelegenheiten, bei welchen die Universität als solche vertreten wird, dem Allerhöchsten Befehle gemäß, nur in der Amtstracht erscheinen. Besonders aber ist in dem erwähnten Ministerial-Rescript der Wunsch ausgesprochen worden: „daß die Universität bei der nächsten akademischen Feier, dem diesjährigen Geburtsfeste Sr. Majestät, recht zahlreich vertreten und auch von den außerordentlichen Professoren, so wie von den Privatdocenten, deren Vermögensverhältnisse es gestatten, die Amtstracht schon bei dieser ersten feierlichen Gelegenheit angeschafft werden möge!“ Der Mantel des Rektors, sowie die Röcke der Dekane und der Pedelle sollen aus Staatsfonds angeschafft werden und Eigenthum der Universität bleiben. Der hiesige Theaterschneider Donath, welcher den Proberock für die von den Professoren in Königsberg zu tragenden Lutherocke angefertigt hat, wird in dem Ministerial-Rescript für Ausführung der Bestellungen besonders empfohlen. — Hr. Pfarrer Ulich, welcher jetzt verhindert ist, seine Freunde wie sonst zu besuchen, hat dieselben zu sich nach Pömmelte zu einer gemeinsamen Besprechung über den Stand der Sache eingeladen. Zu dieser Versammlung, welche am 3. September in Pömmelte stattfand, begeben sich auch von hier aus mehrere Führer unserer Lichtfreunde. Hr. Ulich wird zum Herbst seine Pfarrstelle in Magdeburg, zu der er bekanntlich erwählt worden, antreten.

Die Hindernisse, welche der schriftstellerischen Thätigkeit Edgar Bauers früher im Wege standen, sind nun wieder vollständig beseitigt, und er kann schreiben, ohne eine doppelte Censur fürchten zu müssen. Die frühere Behandlung scheint aus dem Pflichtgefühl des Kommandanten hervorgegangen zu sein, der dem Gefangenen durchaus keine Freiheit gestatten wollte, bevor nicht das Kammergericht die Instruktion in Bezug der Behandlung Bauers geschickt hatte. Diese ist vor einigen Tagen in Magdeburg angelangt, und erlaubt Edgar Bauer, sich nach seinem Gefallen zu beschäftigen, was denn auch einen bedeutenden Einfluß auf seinen Gesundheitszustand haben wird. (Nach. 3.)

**Culm.** An unsern Bischof ist von 10 Geistlichen des Dekanats Neuenburg (worunter der Dechant zu Gr. Komorsk) unter dem 30. Juni eine Zuschrift ergangen, eine Loyalitätsadresse quasi, in welcher die Unterzeichner ihre Anhänglichkeit an den römisch-kathol. Glauben versichern.

Das 2. Postdampfschiff „der preussische Adler“ ist am 28. August in Swinemünde und am folgenden Tage in Stettin angekommen; es hat die Fahrt von Liverpool in 5 1/2 Tagen gemacht. Dagegen soll das mit diesem Schiffe gleichzeitig abgegangene, in Liverpool für russische Rechnung erbaute Dampfschiff „Wladimir“, wegen Schadens an der Maschine, in Aberdeen eingelaufen sein.

**Königsberg, 24. August.** Einem hiesigen Verleger war die Erlaubniß zum Druck einer Sammlung von Liedern, sowohl von den Censoren als vom Ober-Präsidenten böttlicher verweigert worden, und zwar wegen Nachdrucks. Das Ober-Censurgericht hat diesen Grund verworfen, weil kein verbotener Nachdruck vorliege. Die hiesige Censur hat jetzt nach Beseitigung dieses Präjudizialpunktes sich auf die Prüfung des Buches selbst einzulassen.

So eben ist von dem Lithographen Hrn. Winkler ein „Erinnerungsblatt vom Böttchershöfchen im Sommer 1845“ erschienen, auf dem eine Montagsversammlung an jenem so bekannt gewordenen Lustort darstellend, viele porträtähnliche ausgezeichnete Persönlichkeiten unserer Stadt sich abgebildet finden. Das Blatt wird auch anderswo in Deutschland sehr gefallen. — In dem v. Borchschen Garten am Schlosteiche, bekanntlich dem Vergnügungsorte des noch immer vom Civil isolirten Militärs, veranstaltete der bürgerlich-gesellige Verein am 17. Aug. wiederum ein brillantes Konzert, an dem mit Ausnahme des höheren Kaufmannstandes, der nach wie vor sich auf den ebenfalls am Schlosteiche gelegenen Börsengarten beschränkt, alle Stände und Richtungen, Offiziere und Bürger, Gelehrte und Handwerker, Liberale und Conservative sich beteiligten. Tanz und Illumination erhöhten die Freude des Tages. Sonst ist von weiterer Annäherung der getrennten Stände weiter nicht die Rede; wir sind zufrieden, daß Militär und Civil ruhig neben, wenn auch nicht mit einander wandeln. (D. A. 3.)

**Köln, 29. August.** Der frühere langjährige Censur unserer Zeitungen, Polizeirath Dolleschall, hat kürz-

lich von unserm König den rothen Adlerorden erhalten. In den wenigen Jahren, seit ihm die Censur der politischen Blätter entzogen ward, haben wir bereits vier oder fünf Censoren gehabt. (D. A. 3.)

## Deutschland.

**Dresden, 28. August.** Die polizeiliche Untersuchung gegen den bairischen Bäckergesellen Wumbergl oder, wie er jetzt genannt wird, Rasselborfer, deren auch in dieser Zeitung gedacht worden, ist beendet, und da sich eine vermuthete Theilnahme desselben an den Leipziger Ereignissen nicht herausgestellt hat, so ist er über die Grenze transportirt und des Landes verwiesen worden. Mögen sich dies seine jesuitischen Ordensbrüder zur Warnung dienen lassen: wir mögen in Sachsen von den Segnungen dieser edeln Gesellschaft nun einmal nichts wissen! — Unser Stadtrath hat vor einigen Tagen eine Bekanntmachung des Inhalts erlassen, daß die Reparatur der Elbbrücke bis zum Eintritte des Winters jedenfalls so weit gebiehn sein werde, daß mittels einer starken hölzernen Ueberbrückung der Verkehr über dieselbe für Fuhrwerk jeder Art zwischen Altstadt und Stadt möglich sein werde. (D. A. 3.)

**\* Dresden, 30. Juni.** Unsere Stadtverordneten haben in dieser Woche zwei Sitzungen gehalten, die ihnen und der Stadt alle Ehre machen. Sie hatten bekanntlich in einer frühern Sitzung den Beschluß gefaßt, im Verein mit dem Stadtrathe die Regierung zu ersuchen, diejenigen geeigneten Maßregeln zu ergreifen, wodurch die durch die Minister-Erlasse vom 17. und 19. Juli beunruhigten Gemüther wieder beruhigt würden. Diesem Beschlusse trat nun der Stadtrath nicht bei, da er nach der Antwort der Regierung auf die verschiedenen Protestationen vom 11. Apr. (dahin lautend, daß das Ministerium diese Erlasse bloß den Ständen gegenüber zu rechtfertigen habe, die Petitionen wegen einer freieren Kirchengemeindeverfassung aber anlangend, sich weiteren Beschluß noch vorbehalte) die Sache für erledigt hielt. Der Vorsitzende, Zentker, trat dieser Ansicht auch bei, wogegen aber Klette protestirte und nachwies, daß von einer Beruhigung der Gemüther keine Rede sein könne und daß namentlich die Regierung dazu noch nichts gethan habe, man müsse nun um so entschiedener auf dem frühern Beschlusse verharren und ihn wiederholen. Das Collegium entschied sich hierauf für die Klettesche Ansicht. In selbiger Sitzung ward auch die Antwort des Stadtgerichts auf die Anfrage der Stadtverordneten, was dasselbe in Betreff der entdeckten jesuitischen Bruderschaft gethan habe, mitgetheilt. Die Antwort lautet dahin, daß die hierauf bezüglichen Akten dem h. Cultministerio zur Kenntniß mitgetheilt worden seien, dieses auch an das apostolische Vicariat die Anfrage gethan habe, ob eine solche Bruderschaft hier existiren könne, ob sie eine jesuitische sei. Es lag außer der Kompetenz der Stadtverordneten hierauf sofort etwas Mehreres zu beschließen, obgleich schwerlich einem aufrichtigen Freunde der Verfassung diese Anfrage bei einem römisch-gesinnten Vicariate genügend erscheinen wird, — bei einem Vicariate, dessen erstes Mitglied seine den Jesuiten freundlichen Gesinnungen bei der Annaberger Sache so wenig verleugnen konnte. Auch dieser Sache nimmt sich hoffentlich der Landtag an. Die dritte Angelegenheit, die in dieser Sitzung die Stadtverordneten in Anspruch nahm, war der Bericht der Specialdeputation über die Bedingungen, unter denen die Gerichtsbarkeit der Stände und die Sicherheitspolizei an den Staat abgetreten werden sollten. Derselbe ist so umfassend, daß die Berathung darüber auf eine außerordentliche Sitzung verschoben wurde. Diese fand nun gestern statt. Die Deputation hatte sich in eine Mehrheit und einen Separatvotanten getheilt. Erstere hatte 16 Punkte als Bedingungen der Abtretung aufgestellt; von denen die Einbringung eines collegialischen Gerichts und die Verlassung der jetzigen Beamten des St.-Ger. in ihren Stellen die hauptsächlichsten waren. Letzterer, Advokat Heydenreich, hatte vorgeschlagen, von der Berathung der Bedingungen zur Zeit noch abzusehen, dagegen den Stadtrath um Vorlage eines neuen Reorganisationsplanes des Stadtgerichts zu ersuchen. Es kommt bei Beurtheilung dieses Gutachtens, wie bei dieser ganzen so wichtigen Frage weniger auf das Prinzip an — denn von diesem ausgehend ist jede Abschaffung von Partikulargerichten nur zu wünschen, schon um der Einheit und Gleichmäßigkeit der Rechtspflege willen, — sondern man muß hier die gegebenen Verhältnisse ansehen. Es kommt darauf an zu untersuchen, ob die ganze jetzige Beschaffenheit der Staats-Rechtspflege eine solche ist, daß man ihr mehr Ausdehnung geben soll; die größere oder geringere Unabhängigkeit des Richterstandes, die Art des Rechtsverfahrens und Anderes ist hier zu berücksichtigen. So sahen dies auch die Dresdener Stadtverordneten an, und fanden, daß so lange kein öffentliches mündliches Gerichtsverfahren (Adv. Beschorner und Heydenreich, Adv. Blöde, Kurscher, Klette u. A.) und keine größere Unabhängigkeit des Richterstandes durch Staatsgesetze festgestellt sei, sie die Gerichtsbarkeit nicht abtreten könnten, obgleich der mit der Beibehaltung derselben verbundene Kostenaufwand (neues Lokal für das Gericht und Bau neuer Gefängnisse) sehr be-

deutend sein wird. Hierbei müssen wir bemerken, daß das sächsische Staatsdienergesetz zwar die Unabsehbarkeit der Richter ausspricht, aber nicht ohne Unversesbarkeit, sie können also zu der Verwaltung versetzt und nachher abgesetzt werden. Bei der Abstimmung ward der Heydenreichsche Antrag gegen 14 Stimmen angenommen, also mit sehr bedeutender Mehrheit. Die Debatte zeigte deutlich, daß die neuesten Ereignisse die Lust, ein so wichtiges Recht abzutreten und der Regierung anzuvertrauen, wesentlich vermindert hatten, während früher in Betracht des Geldaufwandes und der Mangelhaftigkeit des Dresdener Stadtgerichts die Mehrheit der Stadtverordneten anderer Ansicht gewesen war. Indessen thut eine Reorganisation des Stadtgerichts allerdings sehr Noth; man hört nur die gerechtesten Klagen über dasselbe. Die anerkannte Vortrefflichkeit des Leipziger Stadtgerichts beweist zur Genüge, daß auch Patrimonialgerichte ihren Zweck erfüllen können.

**Gotha, 29. August.** Nachdem die Königin von England, vom schönsten Wetter begünstigt, den gestrigen Tag in dem reizenden Reinhardsbrunn, dieser Perle des Thüringerwaldes, zugebracht, traf dieselbe Abends gegen 6 Uhr mit ihrem Gemahl in hiesiger Residenz ein.

Am 3. Septbr. wird die Königin mit ihrem Gemahl u. die Rückreise auf der gewöhnlichen Poststraße über Eisenach, Fulda, Hanau, Frankfurt a. M. bis Mainz antreten, wo sie auf einem Dampfboote die Reise fortsetzen wird.

**Vom Rhein, 26. August.** Ueber die Aufhebung der Spiele in den deutschen Bädern sollen in den letzten Wochen zwischen den verschiedenen Regierungen wieder lebhaftere Unterhandlungen statt gefunden haben. Wie es heißt, wäre eine Verständigung in der Art erfolgt, daß man vor der Hand die Zahl der Spielfälle in jeden einzelnen Etablissement auf zwei beschränke. Von Seite der Bundesbehörde soll übrigens Homburg speziel angegangen worden sein, die Winterspiele aufzuheben. Wie man hört, läge letzteres auch ganz in dem Wunsche Sr. Durchlaucht des Landgrafen. Auch in Spaas gedenke man, heißt es, dem Beispiele Deutschlands zu folgen, sobald hier ein Verbot der Spiele erfolgt sein wird. (Köln. 3.)

## Oesterreich.

**Wien, 25. August.** Ueber den Antrag des von dem Herrn Baron Kübeck als Präsidenten der obersten Industrie- und Handels-Behörde, aus Anlaß der vorgeschlagenen Belohnung für die bei der diesjährigen Gewerbeausstellung von Mehreren erworbenen Verdienste, haben Se. Majestät die Entschlie- sung ausgesprochen, bei vorkommender Gelegenheit besondere Verdienste um die Emporbringung der Industrie und des Handels durch Verleihung des Titels von Kommerzienräthen öffentlich anzuerkennen. Wie man diese von der fürsorgenden Umsicht des Herrn Präsidenten von Kübeck bewirkte Maßregel allgemein dankbar anerkennt, so ist auch nicht zu zweifeln, daß selbe dem Wettstreit unserer Industriellen zur Entfaltung eines gemeinnützigen Unternehmungsgewisses neue Anregungen gewähren wird. (N. Pr. 3.)

## Großbritannien.

**London, 26. Aug.** Der „Freundschafts-Vertrag“ mit Brasilien, dessen Entwurf mit dem letzten brasilianischen Packschiffe, wie berichtet, eingetroffen ist, scheint die Oppositionsblätter wenig zu befriedigen. Nach der Behauptung des „Globe“ beschränken sich die Bestimmungen dieses Vertrages einzig und allein darauf, die britischen Schiffe in Brasilien auf den Fuß der meistbegünstigten Nationen zu stellen, und das Vermögen der in Brasilien, ohne Hinterlassung einer letzten Willensverfügung, verstorbenen britischen Unterthanen unter die Obhut des britischen Consuls zu stellen, und dadurch den bis jetzt in solchen Fällen gewöhnlich eintretenden Willkür-Verfügungen der brasilianischen Behörden ein Ende zu machen. Ueberdies soll brasilianischerseits die Ratifikation dieses Traktates von der Bezahlung einer Entschädigungs-Summe von 130,000 Livr. für angeblich traktatenwidrig aufgeführte brasilianische Schiffschiffe abhängig gemacht worden sein.

Nach der „Morning Post“ ist in torpistischen Kreisen die Ansicht verbreitet, daß Sir Robert Peel zu Anfang der nächsten Session eine Veränderung in den Getreidegesetzen beantragen wird, um dieselbe definitiv festzustellen. Sein Antrag soll, dem Gerüchte zufolge dahin gerichtet sein, den wechselnden Getreidezoll in einen festen zu verwandeln, und diesen von Jahr zu Jahr zu ermäßigen, so daß derselbe in wenigen Jahren ganz wegfallen oder auf ein ganz unbedeutendes Maaß reducirt werden würde.

Gegen die 23 Friedensrichter und Beamte, welche an der Drangisten-Versammlung zu Lisburn Theil genommen haben, ist noch immer nicht eingeschritten worden und die liberalen Blätter, obgleich dem Prinzipie nach solchem Einschreiten abhold, können doch nicht umhin, dem Ministerium scharfe Vorwürfe darüber zu machen, daß es die Repeater ohne Weiteres entsetzt hat

und gegen die viel strafbareren (weil gegen ein direktes gesetzliches Verbot verstoßenden) Drangisten nicht einschreitet. Die Toryblätter suchen nun zwar das Ministerium durch die Behauptung zu rechtfertigen, daß die Versammlung zu Lisburn nur eine Versammlung von Protestanten, nicht von Drangisten gewesen sei, wogegen aber die „Dublin Evening Post“ nachweist, daß die der Versammlung beizwohnenden 106 Drangistenlogen als solche zugegen und durch ihre Fahnen und andern Embleme ganz unzweideutig bezeichnet gewesen seien. Die Straflosigkeit hat der Drangisten-Agitation schon reichliche Nahrung gegeben. Dem Märtyrer Watson ist am 22. d. M. in Lisburn ein großes Festmahl gegeben worden, bei welchem es an Toasts und Reden in orangistischem Sinn nicht fehlte und ähnlicher Demonstrationen stehen noch mehrere bevor.

Vom Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ist dem Zoll-Departement aufgegeben worden, über die etwa stattfindenden Absendungen von Waffen nach Spanien und Portugal demselben unverweilt Anzeige zu machen.

## Frankreich.

**\*\* Paris, 27. Aug.** Afrika und Spanien bieten heute wieder den Hauptstoff für unsere Zeitungen. Der Marschall Bugeaud hat nämlich ein Rundschreiben an seine Militärdivisionen erlassen, worin er sagt: „Ich habe Ursache, den Zeitpunkt für sehr nahe bevorstehend zu halten, wo wir die Vollmacht erhalten werden, die Versuche der Militär-Colonisation etwas ins Große zu betreiben. Es ist daher nöthig zu wissen, woran wir uns zu halten haben, und ob wir in der Armee die Leute finden, welche den guten Willen besitzen, an dieser Unternehmung sich zu betheiligen. Theilen Sie also unverweilt allen Corps unter Ihrem Befehl die vortheilhaften Bedingungen mit, welche die Soldaten in den Militär-Colonien finden werden.“ Nun folgt ein Entwurf zu der Einrichtung der Militärcolonien, der allerdings für die Colonisten überaus anlockend ist, es fragt sich nur, wie weit der Marschall befügt ist, diesen Entwurf für etwas mehr als einen bloßen Entwurf ausgegeben, denn die eben angeführten Worte lassen vermuthen, daß er zu seinem Plan eine gewisse Berechtigung habe und die Bedingungen bereits festgestellt sind. In dem Entwurf wird unter Anderem folgendes bestimmt: Die Unteroffiziere und Soldaten, welche zu der Colonisation ausgewählt werden, erhalten einen sechsmonatlichen Urlaub, um sich zu verheirathen. Sie und ihre Frauen erhalten für die Reise hin und zurück Entschädigung. Ihre Habe und ihr Mobiliar werden auf Staatskosten befördert. Während ihrer Abwesenheit arbeiten ihre Kameraden der aktiven Armee an dem Bau der Dörfer, welche sie aufnehmen sollen und beginnen die Culturanlagen. Der Staat übernimmt die sämmtlichen Bau- und Einrichtungs-Kosten, und giebt alle Materialien, welche nicht an Ort und Stelle zu finden sind; von dem Colonisten verlangt man nur seine Arbeit, wenn er mit seiner Frau angelangt ist. Der Staat giebt jeder Familie ein Paar Zugochsen, ein Paar Kühe, 10 Schafe, eine Sau, einen Wagen, 2 Pflüge und das nöthige Ackergeräth. Die Colonisten erhalten 3 Jahre lang Lebensmittel, Sold, Kleidung, Equipirung und alle Bedürfnisse der Infanterie. Ihre Frauen bekommen während dieser Zeit Felbrationen. Jeder Colonist erhält 10 Hektaren (2000 QR.) Ackerland zum unbeweglichen Eigenthum, sobald er verheirathet und eingesezt ist. Die nöthigen Offiziere erhalten: der Obrist und Obristleutnant 5, der Bataillionschef 4, der Kapitän 3 und der Lieutenant 2mal so viel Land als der gemeine Soldat u. Wer möchte nicht unter diesen lockenden Bedingungen Militär-Colonist in Ugier werden? Die Oppositions-Zeitungen greifen den Marschall wegen dieses Entwurfes oder dieser Maßregel heftig an und erklären sie für ungesetzlich, für nicht übereinstimmend mit dem Willen der Kammer und der Regierung. Der National fragt, ob der Marschall mächtiger sei als die Verfassung. Auch das Stiele fragt, wo der Marschall mit diesem System hinauswolle, das dem Lande 3 bis 400 Millionen Kosten werde. Der Constitutionnel nennt das Ganze eine Kuriosität.

Die Berichte aus Algier vom 3. melden, daß der Marschall seine Reise nach Marseille wieder aufgeschoben habe, ferner, daß die Kabylenhäuptlinge der Beni Dschenad u. in Algier angekommen waren und dort ihre Investitur erhalten hatten. Der Marschall ermahnte sie bei dieser feierlichen Veranlassung dem Auftruh für immer zu entsagen und namentlich dem Ben Salem und Bel Kassim nicht mehr anzuhängen. — Die Nachrichten aus Spanien bringen die Nachricht, daß in Madrid am 21. einer von den Theilnehmern an den Unruhen vom 18. und 19., der Schneider Manuel Gib, vor dem Thore von Toledo erschossen worden ist. Er hatte einen Offizier auf der Straße erstochen. Ueber 30 Kaufleute, die ihre Läden nicht öffnen wollten, waren noch verhaftet, im Ganzen belief sich die Zahl der Verhafteten auf 80; die Ruhe war aber vollkommen hergestellt. Zwei Zeitungen, der Clamor publiko und der Spektador waren am 18., 19. und 20. konfisziert worden, so daß das letztere Blatt am 21. anzeigte, es werde gar nicht mehr erscheinen. Die spanischen mini-

steriellen Blätter loben die Regierung wegen der Mäßigung, die sie bewiesen. In Barcelona bildet sich eine Nachdruckgesellschaft für französische Werke wie in Belgien. — Am 25. ist der Zuschlag für die Nordeisenbahn-Compagnie erfolgt, zu der sich bekanntlich die konkurrierenden 7 Gesellschaften unter Rothschild zu einer einzigen verbunden haben. Das begehrte Kapital beläuft sich, je nachdem die Aktionäre die ganze Linie mit ihren Seitenbahnen erhalten, auf 150 bis 200 Millionen. Für die zu Paris ernannten Deputirten sind die Wahlkollegien einberufen worden, wodurch die gestern erwähnte Ansicht von der Auflösung der Kammer wieder erschüttert wird. — Der türkische Botschafter in Paris, Reschid Pascha, rüstet sich in Folge der Palastrevolution in Konstantinopel zur Abreise. — Die Zimmergesellen, welche wegen Coalition verhaftet waren, sind zu 3 Monat bis 3 Jahren Haft verurtheilt worden, nichtsdestoweniger dauert der Widerstand der übrigen Zimmergesellen und der Holzsäger, für das bisherige Arbeitslohn zu arbeiten, fort, und auch die Schiffsarbeiter in Vrest und in dem Havre sind mit einer solchen Widerfestigkeit aufgetreten.

## Schweiz.

**Luzern.** Ueber das Ergebnis der weitem Untersuchung hinsichtlich Leu's Tod beobachtet die „Staatszeitung“ seit ihrem letzten höchst oberflächlichen aktenmäßigen Bericht das tiefste Stillschweigen. Dagegen hat sie unter Wiederholung der Behauptung, daß Leu gemeuchelt worden sei, ein neues Wunder aufgebracht, das sich am 12ten d. Mts. bei einer Trauerfeierlichkeit für Leu's Andenken in der Pfarrkirche zu Wolfenschießen in Nidwalden ereignet haben soll. Die „Staatszeitung“ erzählt die Begebenheit wörtlich folgendermaßen: „Ein Mann von niederer Klasse spöttelte radikalweise (Radikale giebt es sonst hier nicht 4 pSt.) darüber und meinte: „I wett au gära Leid träge, weni de vom Leu nyme ghöra mießt.“ Und auf der Stelle ließ der Allmächtige dessen verabscheuungswürdigen Wunsch in Erfüllung kommen. Denn eine unsichtbare Hand, wie er jetzt selbst behaupten will, schlug ihn am oben erwähnten Gedächtnistage in der Kirche von einer Treppe auf den steinernen Boden hinunter, und — er hört nicht mehr und wird sonder Zweifel bis zum Gerichte Gottes vom Herrn Leu nichts mehr mit leiblichen Ohren hören; wohl aber mag desselben Stimme um desto hörbarer in seinem Gewissen ertönen. Der Unglückliche befand sich gegenwärtig im Armenhause, und wohl ihm, wenn er Gottes Rachearm erkennt und seinen Fehler beweinen wird“ u. (N. 3. 3.)

## Osmanisches Reich.

**Konstantinopel, 13. August.** Kiamil Pascha — der frühere Pfortengesandte am Berliner Hofe — ist eilends nach Wan beordert worden, um wo möglich und auf das schnellste den Strom der dort ausgebrochenen Revolution aufzuhalten. Die Bewegung in Wan hat einen sehr drohenden Charakter angenommen, den Charakter nämlich einer fanatischen Reaktion gegen alle Reformen, die uns die Neuzeit gebracht hat. Als das beunruhigendste Sympton dürfte die Errichtung einer Janitscharenschaft anzusehen sei, welcher alle noch vorhandenen Ueberreste des alten Janitscharenthums und alle Elemente, die der asiatische Fanatismus bietet, in Fülle zuströmen. Daß es solchergestalt zu äußerst blutigen Conflicten kommen muß, wobei der Janitscharen-aga wohl die Rolle des Feldherrn der Empörer übernehmen wird, ist kaum zu bezweifeln. Die meisten und mächtigsten kurdischen Bege haben sich an diese Bewegung angeschlossen, die weit hinab gegen Süden bis jenseits Mossul in das Gebiet von Bagdad sich erstreckt. Hier haben die Araber ihrerseits auch die Fahne des Auftruhes aufgepflanzt. Von Arabien aus wird aber auch unverzüglich Syrien bedroht, wo die Stimmung der muselmännischen Bevölkerung nicht geeignet ist, der Regierung Beruhigung zu verschaffen. Bringt man hiebei noch die Unmacht in Anschlag, in welcher die Pforte in Bosnien und Albanien, wo sie keine ihrer Anordnungen in Vollzug zu bringen vermag, befangen ist, so muß man sich gestehen, daß die Lage der Türkei in diesem Augenblicke eine ziemlich kritische ist. (N. 3.)

## Lokales und Provinzielles.

**\* Breslau, 2. Sept.** Schon früher wurde darauf aufmerksam gemacht, wie unsicher es ist, Geld in rekommandirten Briefen ohne Angabe des Werthes zu versenden. Ein in letzter Zeit vorgekommener Fall liefert wieder den Beweis. — Ein mit einer namhaften Geldsumme beschwerter Brief wurde nur unter Rekommandation hierher geschickt. Bei dem Öffnen des Briefes hier fanden sich aber, statt jener Geldsumme, einige gut gefaltete Briefbogen vor. Die Postanstalt will sich bis jetzt nicht allein zu keinerlei Erfak, sondern auch zu keiner Untersuchung verstehen.

**Breslau, 31. August.** In Nr. 177 dieser Blätter befindet sich eine aus Kurnik datirte Mittheilung, daß mein Werk über die slavischen Sprachen in der Posenischen Zeitung bitter recensirt sei.

Jetzt habe ich das betreffende Zeitungsblatt erhalten.



Bernstadt, 31. Aug. Heut konstituirte sich auch hier eine christ-katholische Gemeinde, und verdient um so mehr Beachtung, weil die beigetretene 16 Familien-Bäter sämmtlich dem niederen Bürgerstande angehören.

(Eingefandt.)

Aus der Provinz, im August. Unter demselben Artikel standen mehrere Inserate in der Bresl. Zeitung, die verschiedene Specialia aus dem Privat-Leben eines großen Gutsbesizers enthalten.

Wenn daher aufgewärmte Specialien die vor Dlim Zeiten sich ereignet haben sollen, auf das Tapet gebracht werden, muß dann nicht der Leser die Achsel zucken, den Kopf schütteln und ein Gelächter ausschlagen, daß die Zeit nicht edler vom Herrn Verfasser benutzt wird.

In Nr. 201 d. Z. erklärt Herr Th. Abicht, Candidat der Theol., daß er „weder in Inhalt noch Form (?) mit der in Nr. 197 d. Ztg. von Ostrowo aus ergangenen Erklärung“ christlicher Protestanten einverstanden,

Erklärung ausdrücklich „der Breslauer Erklärung von ganzem Herzen beizutreten“ behaupteten.

Was kein Verstand der Verständigen sieht, Das findet in Einfalt ein kindlich Gemüth.

Die Unterzeichneten fordern Hrn. Abicht im Namen der übrigen Unterzeichner der Ostrower Erklärung auf, jenen öffentlich behaupteten Widerspruch beider Erklärungen auch öffentlich nachzuweisen, widrigenfalls sie auch fernerhin der Ueberzeugung bleiben werden, daß die Erklärung aus Ostrowo nur darum die Ungunst des Hrn. A. sich zugezogen, weil er, als Theologe, nicht bei Abfassung derselben fungirt habe, was er ja mehrfach als unpassend hervorgehoben hat.

Ostrowo, den 31. August 1845.

Mittelstädt. C. Frank. Franz Schmidt.

Wiederholte Kündigungs-Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsern Kündigungserlaß vom 9. Juni d. J. fordern wir die Inhaber aller damals aufgerufenen, aber bisher noch nicht eingelieferten Schlesiſchen Pfandbriefe wiederholentlich auf, gedachte Pfandbriefe, welche in dem nächsten Weihnachts-Termine durch Baarzahlung des Nennwerthes und bezüglich durch gleichhaltige Pfandbriefe eingelöst werden sollen, unverzüglich an das landſchaftliche Depositorium abzuliefern.

Breslau, am 1. Septbr. 1845.

Schlesiſche General-Landschafts-Direktion.

Theater-Repertoire. Mittwoch: „Der Liebestrank.“ Große komische Oper mit Tanz in 2 Aufzügen. Musik von Donizetti. Adina, Madame Palm-Spazer, als fünfte Gastrolle.

Donnerstag, neu einstudirt: „Von Sieben die Hässlichs.“ Lustspiel in 4 Akten, nach Gold's Erzählung von Louis Angely.

Verlobungs-Anzeige. (Verspätet) Marie Görke, Alexander Köfſter, Apotheker zu Borek, Verlobte.

Mohrdorf bei Straßhumb, im August 1845.

Verbindungs-Anzeige. Als Neuvermählte empfehlen sich Verwandten und Freunden: Joseph Würckheim, Rosalie Würckheim, geborne Boas.

Breslau und Kurnick, den 2. September 1845.

Verbindungs-Anzeige. Die heute stattgefunden eheliche Verbindung unserer Enkeltochter Beda Geisler mit dem Kaufmann Herrn Wilhelm Berger aus Glas, beehren wir uns, entfernten Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzuzeigen.

Mittelwalde, den 2. Sept. 1845. Der emerit. Bürgermeister, Kaufmann und Stadt-Ältester Peregrin Beschorner und Frau.

Als Neuvermählte empfehlen sich: Wilhelm Berger, Beda Berger, geb. Geisler. Glas und Mittelwalde.

Entbindungs-Anzeige. Die gestern Nachmittag halb 5 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau Bertha, geb. Silling, von einem gesunden Mädchen, zeigt hierdurch ergebenst an: A. P o h l.

Zweihoff, den 31. August 1845.

Todes-Anzeige. (Statt besonderer Meldung.) Sanft und im tiefsten Dankegefühl gegen Gott, entschlummerte heut früh um halb acht Uhr, in Folge von Brustwassersucht, Charlotte v. Sierakowska, geb. von Röder.

Frankenstein, den 1. Septbr. 1845. von Sierakowski, Oberst a. D., als Gatte. Ida Pochhammer, geb. als v. Sierakowski, als Kin. Carl v. Sierakowski, als ber. Paul Pochhammer, als Clara Pochhammer, als Enkel. Otto Pochhammer, als Ferdinande Sebald, geborene Röder, als Schwester. Sebald, Major a. D. u. Dekonomie-Kommiss., als Schwager. Pochhammer, Hauptmann im 22ten Inf.-Regt., als Schwiegerohn.

Seit dem 1. September wohne ich Junkernstrasse 31, 2 Treppen hoch. Dr. Windmüller, Justizcommissar und Notar.

Todes-Anzeige. Den heut Abend 10 1/2 Uhr erfolgten Tod des Wundarzt A. Kleinert, zeigen, um stille Theilnahme bitten, ergebenst an: die Eltern und Geschwister. Breslau, den 31. August 1845.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe: 1. Demoiselle Caroline, Stadt Rom, 2. Goffier Obigel in Morgenau, 3. Seminarist Fiegel können zurückgefordert werden. Breslau, den 2. September 1845. Stadt-Post-Expedition.

Im Weiß'schen Lokale (Gartenstraße Nr. 16) heute, Mittwoch den 3. Septbr.: Großes Nachmittags-Konzert der Theater-Markt-Gesellschaft. Anfang 3 1/2 Uhr. Entree à Person 2 1/2 Sgr.

Im Liebich's Lokale Mittwoch den 3. Septbr.: Großes Instrumental-Konzert unter Leitung des Herrn Adolph Köttlich. Anfang 4 Uhr. Entree für Herren 2 1/2 Sgr., Damen die Hälfte.

Freitag den 5. Septbr.: Großes Instrumental-Konzert unter Leitung des Herrn Adolph Köttlich.

Im Liebich'schen Garten. Morgen Donnerstag den 4. September: das letzte große Militär-Concert. Zum Schluss Brillant-Beleuchtung und bengalische Flammen. Freitag fällt das Concert wegen Ausmarsch des Militärs aus.

Es hat einem unserer Gönner gefallen, sich an hoher Gerichtsstelle darüber zu beschweren, daß andere Leute und sogar Gerichte uns unbefugterweise mit dem uns nicht zustehenden Titel: Oberamtmann beehren. Um den Herrn Denuncianten derartiger Uergernisse zu überheben, halten wir es für unsere Pflicht, alle zu uns in irgend einer Beziehung stehende Personen ergebenst zu bitten: uns ferner nicht Titulaturen beizulegen, die wir niemals von Anderen beansprucht, am wenigsten aber uns selbst angemast haben.

Die Pächter der Hochfürstlich von Hohensolms'schen Herrschaften Schlawensitz, Ujest, Birawa und des Departements Gheblau. C. Tillgner. S. Tillgner.

Ein Kandidat des ev. Predigtamts sucht eine Hauslehrerstelle. Hierauf Reflektirende wollen sich gefälligst an den Superintendenten Hrn. Kerner in Michelau bei Löwen wenden.

In der Nacht vom 1. bis 2. September sind auf dem Wege von hier bis Hundsfeld 6 Bund Schoppen, in ein Paket zusammengebunden, vom Wagen entwendet worden. Der Bund waren gezeichnet: Extra, 2 Bund P. Werth 60 Thaler. Wer zur Wiedererlangung dieser Gegenstände behilflich ist, erhält eine angemessene Belohnung in der Preisabhandlung von: Valentin Matthias, Schmiedebrücke 6.

Schlesiſcher Verein für Pferderennen.

Da der diesjährige Jahresbericht den Bestand der vorhandenen Vollblutpferde in Schlesiſien, als Anhang geben soll, so ersuche ich die Besitzer von Vollblutpferden ganz ergebenst, mir die namentlichen Listen derselben mit Nachweisung auf eines der Geküßbücher portofrei zuzuschicken, und zwar spätestens bis Ende September c. Ebenso ersuche ich auch sowohl diejenigen Herren, welche Vollbluthengste zum Bedecken fremder Stuten aufstellen, mit die Bedingungen, unter denen sie decken und wie viel sie Stuten in diesem Jahre gedeckt haben, als auch die, welche größere Gestüte haben, ob sie Pferde zum Verkauf aufstellen und deren vorrätzig sind, zur Anzeige Mittheilung machen zu wollen. In bitte nochmals um baldige und portofreie Einsendung dieser Uebersichten. Breslau, den 27. August 1845. Graf Wengerski, General-Sekretär.

Niederschlesiſche Zweigbahn.

Der von uns geforderte Bre Einschuf ist auf die Quittungsbogen Nr. 510 bis 513 incl., 1840 bis 1843 incl., 1891 bis 1894 incl., 1896 bis 1899 incl., 2395 bis 2396 incl., 2803 bis 2811 incl., 8099 bis 8123 incl., 8238 bis 8287 incl., 8718 bis 8722 incl., bis jetzt nicht eingezahlt worden.

Die Inhaber derselben werden daher hierdurch aufgefordert, den rückständigen Einschuf mit 9 Rthl. 17 Sgr. 2 Pf. nebst Verzugszinsen und 2 Rthl. Conventional-Strafe für jeden Quittungsbogen binnen 4 Wochen an unsere Hauptkasse abzuführen, widrigenfalls die bereits geleisteten Einzahlungen verfallen, die Quittungsbogen selbst aber für erloschen erklärt werden müssen.

Zugleich machen wir hierdurch bekannt, daß wir die ursprünglichen Aktien-Zeichner, sofern sie 45 Prozent eingezahlt haben, aus der persönlichen Verpflichtung entlassen haben. Gogau, den 26. August 1845.

Die Direktion der Niederschlesiſchen Zweigbahngesellschaft.

M u s e u m.

Durch die Aufstellung der Delgemälde, welche vom Schlesiſchen Kunstvereine für seine Mitglieder erkauf worden, so wie durch mehrere andere sehr werthvolle Meisterwerk, darf die gegenwärtige Ausstellung als eine ausgezeichnete empfohlen werden. Kataloge sind an der Kasse in Empfang zu nehmen. F. Rarsch.

Die Beforgung der Einzahlung von 10 Prozent auf Cöln-Mindener Eisenbahn-Aktien übernimmt bis incl. 13. Septbr. gegen billige Provision: Adolph Goldschmidt.

Buchhandlung von Friedrich Aderholz in Breslau, Ohlauerstrassen- und Ring-Ecke.

Bei C. H. Hoffeld in Leipzig ist so eben erschienen und in der Buchhandlung von Friedrich Aderholz in Breslau (an der Korn-Ecke) vorrätzig:

Der 12., 13., 14. und 15. August 1845 in Leipzig.

Geschildert von Dr. Karl Krause. Mit den Reden des Herrn Super. Dr. Großmann und Herrn M. D. Zille. Sechste Auflage. Geh. Preis 2 1/2 Sgr.

Im Frück'schen Lokale

(vormals Menzel) vor dem Sandthore, Sternstraße, Donnerstag den 4. September:

Konzert und Garten-Beleuchtung

athletisch-gymnastisch-akrobatischer Kunst-Produktion. Bei ungünstiger Witterung im Saale und im Wintergarten. Entree für Herren 2 Sgr. Damen sind frei.











